

ITALIEN

## „Feuerwerkskörper und Ähnliches“



Ackermann, FAI-Emblem

Nachdem am vorigen Freitag in einem Büro nahe der antiken Via Appia eine Briefbombe explodierte, geht die römische Staatsanwaltschaft aufgrund eines Bekennerschreibens davon aus, dass auch dieser Anschlag der Anarchistengruppe „Federazione Anarchica Informale“ (FAI) zuzuschreiben ist. Adressiert war der Umschlag an den Direktor einer staatlichen Steuereinzugs-Gesellschaft, der das Paket selbst öffnete und dabei an Hand und Gesicht verletzt wurde. Nur zwei Tage zuvor war eine Briefbombe der FAI an den Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann rechtzeitig entdeckt worden. In einem handschriftlichen Bekennerbrief kündigten die Absender insgesamt drei Anschläge gegen „Banken, Bankiers, Zecken und Blutsauger“ an. Die Taten überraschen italienische Ermittler nicht, seit Wochen kursieren im Internet Solidaritätsaufrufe für zwei angebliche FAI-Aktiven, die wegen eines Anschlags auf eine Bank in Indonesien festgenommen worden waren. Auch bei früheren Aktionen

hatte sich die FAI mit Anarchisten und Ökoterroren in Griechenland, Südamerika und in der Schweiz solidarisiert. Berüchtigt ist die führerlose Gruppe von maximal 200 Kämpfern, die sich bisher zu 40 Anschlägen bekannt hat, vor allem für ihre konzentrierten Aktionen in der Weihnachtszeit. Erstmals wurde die FAI, damals noch mit dem Namenszusatz „Handwerkerkooperative Feuerwerkskörper und Ähnliches“, mit ihrer „Operation Santa Claus“ bekannt, bei der sie 2003 dem damaligen EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi zwei Kochtöpfe mit Brandsätzen vor das Haus stellte. Im vergangenen Dezember verschickte die Gruppe Briefbomben an drei Botschaften in Rom. Sowohl die italienische Staatsanwaltschaft als auch die Bundesanwaltschaft haben Ermittlungen wegen Terrorismusverdachts aufgenommen. Sogar die US-Bundespolizei FBI hat sich eingeschaltet. Banken wurde geraten, den Posteingang besonders sorgfältig zu kontrollieren.

FRANKREICH

## Freundschaftsdienste

Das neue Verteidigungsministerium, das am südwestlichen Stadtrand von Paris für 3,5 Milliarden Euro entsteht, sollte ein Denkmal für Präsident Nicolas Sarkozy werden, doch nun ermitteln die Behörden wegen Verdachts auf Begünstigung und Korruption. Ausgerechnet der Mischkonzern Bouygues hatte den Auftrag für die 300 000 Quadratmeter große Zentrale der Streitkräfte erhalten. Dessen Geschäftsführer Martin Bouygues ist ein enger Freund Sarkozys, er war Trauzeuge bei der Hochzeit mit seiner zweiten Frau Cécilia. Sein Konzern soll von einem hohen Beamten als einziger im Vorfeld das Leistungsverzeichnis für die Ausschreibung erhalten haben. Damit habe er gegenüber anderen Bewerbern einen Vorteil gehabt. Der Konzern streitet jedes Fehlverhalten ab. Immer wieder wurde dem Präsidenten vorgeworfen, die Geschäftsinteressen seines Freundes zu schützen. So nützte es vor allem Bouygues' Privatsender TF1, als die Regierung 2009 Werbung im Abendprogramm des öffentlich-rechtlichen Fernsehens untersagte.



Ashraf-Unterstützer in Brüssel

IRAK

## Bagdads Ultimatum

Ein Lager der Volksmudschahidin im Irak, das „Camp Ashraf“, wird zur Belastungsprobe für die Beziehungen zwischen Washington und Bagdad. Der irakische Premier Nuri Kamal al-Maliki will den Stützpunkt der iranischen Oppositionsgruppe zum 31. Dezember räumen lassen, obwohl er damit ein Blutbad riskiert. Bei zwei früheren Konfrontationen starben mindestens 45 Bewohner. Die Volksmudschahidin

wehren sich gegen die Verteilung auf andere Lager, da sie Rache fürchten. Viele Iraker verachten die Truppe, die einst Handlanger Saddam Husseins war. Mit dem Despoten hatten die Volksmudschahidin vom Irak aus das Mullah-Regime in Teheran bekämpft. Seit dem Sturz des Diktators campieren etwa 3400 Aktivistinnen und Angehörige nordöstlich von Bagdad.

Der Führung in Teheran sind sie verhasst, weil sie Saddam in dessen Krieg gegen Iran unterstützt hatten. In den USA wird die Truppe wegen früherer Anschläge als Terrororganisation geführt. Da die Volksmudschahidin erbiterte Gegner des iranischen Regimes sind, ist der Druck auf Obama groß, sich für einen Aufschub der Räumung einzusetzen. Eine Lösung wäre die Anerkennung der Camp-Bewohner als Flüchtlinge. Das aber kostet Zeit. Einflussreiche Politiker wie Obamas Ex-Sicherheitsberater James Jones verlangen zudem, die Organisation von der Liste der Terrorgruppen zu streichen.